

## Stettiner



## Zeitung

No. 34.

Abend-

Freitag, den 20. Januar.

Ausgabe.

1860.

Der Landgerichts-Assessor Karl Wilhelm Weber in Elberfeld ist zum Advokaten im Bezirke des Kgl. Appellationsgerichtshofes zu Köln, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Elberfeld, ernannt worden.

## Die Grundsteuer.

1.

Es liegen jetzt die im Abgeordnetenhaus wiederholt eingebrachten Grundsteuer-Vorlagen mit den Motiven im Abdruck vor. Es sind wieder die vier Gesegentwürfe: 1) über die anderweitige Regulierung der Grundsteuer, 2) über die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, 3) über die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer von den bisher befreiten und bevorzugten Grundstücken, 4) über die für Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen zu gewährende Entschädigung.

Die im Einzelnen von der Finanz-Kommission des Abgeordnetenhauses vorgeschlagenen Abänderungen sind, wie die Motive sagen, zum Theil als Verbesserungen anzuerkennen und überwiegend der Art, daß die Staatsregierung sich ihnen unbedenklich hat anschließen können. Einige Bestimmungen sind indeß auf Grund einer nochmaligen Prüfung theils abweichend von den Vorschlägen der Kommission, theils ganz neu in Aufnahme gebracht worden. Wir beschränken uns darauf, diese Abänderungen nebst ihrer Motivierung mitzutheilen:

Es gehören dahin zunächst die Vorschriften im §. 10 des Gesegentwurfs 1. über die Grundsteuer-Befreiungen in den beiden westlichen Provinzen, welcher, wie gesehen, besonders gedacht werden mußte, weil sich die ähnlichen Vorschriften im §. 8 a. a. D. nur auf die sechs östlichen Provinzen beziehen.

Von durchgreifender Bedeutung ist die im §. 3 des Gesegentwurfs 1. in Vorschlag gebrachte Abänderung. Die Motive sagen hierüber:

„Die Herstellung eines gleichmäßigen Besteuerungsverhältnisses zwischen den einzelnen Provinzen sollte nach dem §. 3 des früher vorgelegten Gesegentwurfs 1. dadurch herbeigeführt werden, daß einerseits die Grundsteuer-Hauptsumme der beiden Provinzen Rheinland und Westfalen um 10 vom Hundert ihres bisherigen Betrages ermäßigt, und die Grundsteuer derjenigen Grundstücke in den 6 östlichen Provinzen, welche zur Zeit über den zehnten Theil ihres Reinertrages hinaus belastet sind, auf diesen Betrag herabgesetzt; daß andererseits dagegen die Grundsteuer-Hauptsumme der vier Provinzen Preußen, Posen, Pommern und Brandenburg um denselben Betrag, welcher danach an dem gegenwärtigen Staatsgrundsteuer-Soll ausfallen würde, erhöht werden sollte. Diesen Bestimmungen lag die Annahme zum Grunde, daß die Grundsteuer zur Zeit in den vier Provinzen Rheinland, Westfalen, Sachsen und Schlesien 8 vom Hundert, in den vier anderen Provinzen aber nur 5, höchstens 6 vom Hundert des Reinertrages der Grundstücke betrage und eine annähernd gleichmäßige, die vier letztgedachten Provinzen keinesfalls schwerer als die vier erstgedachten treffende Belastung sämtlicher Provinzen des Staats dann erreicht werden würde, wenn die Gesamt-Grundsteuer der vier erstgedachten Provinzen um 10 vom Hundert ihres bisherigen Betrages ermäßigt und die der vier letztgedachten Provinzen um 20 vom Hundert erhöht würde.“

Auf Grund welcher Unterlagen das angegebene Verhältniß der Grundsteuer zum Reinertrage der Grundstücke in den verschiedenen Provinzen ermittelt war, ist in den Motiven zu den bezeichneten Gesegentwürfen ausführlich dargelegt. Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat sich dem Anerkenntnis, daß die vier Provinzen Rheinland, Westfalen, Sachsen und Schlesien den vier anderen Provinzen gegenüber zu hoch mit Grundsteuer belastet seien, zwar nicht entziehen, jedoch nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß die Ueberbürdung gerade in dem angegebenen Maße statifinde. Sie hat die vorhandenen Unterlagen nicht für genügend erachtet, um danach die endgültige Ausgleichung zwischen den verschiedenen Provinzen herbeizuführen; sich jedoch über einen andern Weg, auf welchem dies Ziel zu erreichen sei, nicht zu vereinigen vermocht.

„Die Staats-Regierung glaubt indessen daran festhalten zu müssen, daß die Art und Weise, wie die zu erstrebende Gleichmäßigkeit der Besteuerung des Grund und Bodens in den verschiedenen Provinzen des Staats herbeigeführt werden soll, nicht völlig unbestimmt dahin gestellt bleiben darf, daß vielmehr die bestimmte Entscheidung darüber durch die Gesetzgebung von vornherein endgültig getroffen werden muß.“

— Sie hat es andererseits nicht verkannt, daß die angestell-

ten Ermittlungen über das Maß, in welchem der Grund und Boden in den verschiedenen Provinzen des Staats durch die bestehenden Grundsteuern zur Zeit durchschnittlich belastet ist, zu einem völlig zuverlässigen, jeden Einwand ausschließenden Ergebnisse nicht geführt haben und nicht haben führen können. Sie glaubt nunmehr, von der auf die erwähnten Ermittlungen gegründeten Voraussetzung über die verhältnismäßige Höhe der Grundsteuer in den verschiedenen Provinzen ganz absehen zu müssen, zumal sich die Verhältnisse hinsichtlich der Staatsfinanzen inzwischen wiederum so geändert haben, daß die Erzielung einer wenn auch nicht erheblichen Mehr-Einnahme für die Staatskasse aus der Grundsteuer als dringend wünschenswert bezeichnet werden muß. Mit Rücksicht hierauf wird in dem oben bezeichneten Paragraphen jetzt vorgeschlagen, daß die Grundsteuer von den ertragfähigen Grundstücken in Zukunft durchweg im ganzen Umfange des Staats gleichmäßig auf 8 vom Hundert des Reinertrages der Grundstücke festgestellt und in dem hiernach sich ergebenden Gesamtbetrage für jede Provinz als ein feststehendes Kontingent behandelt werden soll, welches der Staatskasse gegenüber nur unter speziell bezeichneten Voraussetzungen erhöht oder vermindert werden darf. Durch die vorgeschlagene Bestimmung wird die Nothwendigkeit einer Entscheidung darüber, ob und event. in wie weit diese oder jene Provinz im Vergleich zu andern Provinzen gegenwärtig zu hoch oder zu niedrig besteuert sei, ganz beseitigt. Es wird ferner der Befürchtung, daß eine vollständige Ummwälzung der bestehenden Grundsteuer-Verhältnisse auf die Vermögens-Interessen eines erheblichen Theils der Grundbesitzer sehr nachtheilig einwirken möchte, damit begegnet, daß in den Individual-Steuerbeträgen, wie sie zur Zeit von den einzelnen Grundstücken nach den verschiedenen Grundsteuer-Versetzungen zu entrichten sind, durch die Bestimmungen des vorliegenden Geseg-Entwurfes noch keine durchgreifende Aenderung herbeigeführt werden soll, da die vorgeschlagene Bestimmung sich nur auf die Provinzen als solche bezieht und, indem sie d. n. von jeder Provinz in ihrer Gesamtheit als Grundsteuer zur Staatskasse abzuführenden Betrag auf 8 vom Hundert des Reinertrages sämtlicher Grundstücke der betreffenden Provinz festsetzt, über den Maßstab, nach welchem die so gewonnenen, nur beim Zu- oder Abgange steuerpflichtiger Grundstücke oder im Wege der Gesetzgebung einer Veränderung unterworfenen Provinzial-Grundsteuer-Kontingente auf die einzelnen Grundstücke der betreffenden Provinzen vertheilt werden sollen, den zu fassenden Beschluß besonderen, nach Vernehmung der Provinzialstände zu erlassenden Provinzial-Gesetzen vorbehält.

„Demnach würde es an sich nicht unzulässig sein, die auf den einzelnen Grundstücken zur Zeit haftenden Grundsteuern unverändert forterheben zu lassen und je nachdem dadurch das Provinzial-Kontingent überschritten oder nicht erreicht wird, den Mehrbetrag zu provinziellen Zwecken zu verwenden oder den Minderbetrag anderweit auf den Grund und Boden umzulegen.“

„Es ist damit zugleich die Ansicht ausgesprochen, den in Betracht zu ziehenden provinziellen Eigentümlichkeiten so wohl, als den Wünschen der Theilnehmenden volle Berücksichtigung soweit angeht, zu lassen, als es mit dem unverrückbar festzuhaltenden Ziele, der Staatskasse gegenüber die Grundsteuer im ganzen Umfange der Monarchie gleichzustellen, irgend vereinbar erscheint.“

## Deutschland.

Berlin, 19. Januar. Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent nahmen heute die Vorträge der Minister v. Auerswald und v. Schleinitz entgegen.

— In Folge Allerhöchster Bestimmung ist die Feier des Krönungs- und Ordensfestes vom Sonntag, den 22. d., auf Sonntag den 29. Januar verlegt worden.

— Die in Hamburg tagende Seerechts-Konferenz hat seit voriger Woche ihre Arbeiten wieder begonnen, sie hält viertel in der Woche Sitzungen, um bis Ostern die zweite Lesung des umgearbeiteten Entwurfs zu beenden. An der Konferenz nehmen augenblicklich Theil: Vertreter von Oesterreich, Preußen, Baiern, Hannover, Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig, der thüringischen Staaten und der drei Hansestädte.

Die preussische Regierung hat Veranlassung genommen, sich über die Revision der Bundeskriegsverfassung in einem Circular an die Bundesregierungen auszusprechen. — Aus Frankfurt wird berichtet, daß der Ausschussbericht in der künftigen Verfassungsangelegenheit fertig war, wenn er auch noch nicht unter den Mitgliedern des Ausschusses einklangte,

so daß es immerhin noch fraglich bleibt, ob der Bericht in der nächsten Sitzung des Bundestages (morgen) wirklich zum Vortrag kommt. Ueber die Anträge des Ausschusses ist so viel bekannt, daß sie, auf der Basis der Verfassung von 1852 stehend, die Bestimmungen der Verfassung von 1831 mit herübergenommen wissen wollen, welche mit der Gesetzgebung des Bundes nicht im Widerspruch stehen. Man könnte somit glauben, der Ausschuss gehe mit Preußen, das bekanntlich die Wiedereinführung der Verfassung von 1831 unter Ausmerzung des Bundeswiderigen will, konform; allein dem ist nicht so. Die Herren des Ausschusses wollen eben das Zweikammersystem retten, von dem die Verfassung von 1831 nichts weiß.

— Ueber die vorstehend erwähnte preussische Circular-Depesche wird der „Elb. Zig.“ von hier geschrieben, daß sie vom 12. d. M. datirt und an sämtliche deutsche Regierungen gerichtet ist; es werde darin die Erklärung Preußens in Bezug auf die Nothwendigkeit der Abänderung mehrerer organischen Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung einer gewissenhaften Prüfung anempfohlen. Preußen wende sich in dieser Circular-Depesche, in welcher die Erklärung des Vertreters Preußens in der Militärkommission am Bunde näher erläutert wird, an die Bundesfreundlichkeit und an den patriotischen Sinn der deutschen Regierungen, und hege die Hoffnung, daß diese „unumwundene“ Bezeichnung dessen, was im Interesse der Sicherheit des gesammten deutschen Vaterlandes „unabweislich“ noth thue, eine gerechte Würdigung seitens der Bundesgenossen finden werde. Die Vertreter Preußens an die verschiedenen deutschen Höfen seien angewiesen worden, die Depesche auch in Abschrift, wenn eine solche gewünscht wird, den betreffenden Regierungen mitzutheilen.

— Der dem Landtage vorgelegte Geseg-Entwurf, betreffend die Aufhebung der Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes lautet:

§. 1. Die bestehenden Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes und der Höhe der Conventionalstrafen, welche statt der Zinsen für den Fall der zur bestimmten Zeit nicht erfolgenden Rückzahlung eines Darlehens bedungen werden, sind aufgehoben.

§. 2. Wird die Zahlung eines Kapitals verzögert, so bleibt, wenn ein höherer, als der für Zögerungszinsen bestehende Zinsfuß bedungen war, dieser höhere Zinsfuß auch für die Zögerungszinsen maßgebend.

§. 3. Die privatrechtlichen Bestimmungen in Ansehung der Zinsen von Zinsen und die für die gewerblichen Pfand-leih-Anstalten gegebenen Vorschriften werden durch dieses Gesetz nicht geändert.

— Der Umstand, daß der Minister des Innern von der ihm im §. 52 des Preßgesetzes beigelegten fakultativen Befugniß der in London erscheinenden deutschen Zeitschrift „Hermann“ gegenüber Gebrauch gemacht hat, erregt um so größeres Aufsehen, als erst kürzlich das unter den gleichen Voraussetzungen vom Ministerium Westfalen erlassene Verbot des Londoner „Punch“ vom gegenwärtigen Minister des Innern zurückgenommen worden ist. Wie wir erfahren, hat der Minister zu dem gegen den „Hermann“ erlassenen Verbot sich hauptsächlich durch die Rücksicht auf die verbreitete Annahme bestimmen lassen, als wären neuerdings vorgeschommene Maßregeln gegen höhere Beamte der hiesigen Polizei-Verwaltung in Folge der im „Hermann“ gegen dieselben Personen erhobenen Anschuldigungen veranlaßt worden.

— Der König von Württemberg hat — wie die „N. Pr. Z.“ mittheilt — erklärt, daß er den preussischen Anträgen auf Abänderung einiger Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung beitrete und für dieselben stimmen werde. Oesterreich soll sich noch nicht klar zur Sache ausgesprochen haben. Die preussische Regierung hat in einer Circular-Depesche die Erklärung des Vertreters Preußens in der Militärkommission am Bunde näher erläutert und die Hoffnung ausgesprochen, daß die „unumwundene“ Bezeichnung dessen, was im Interesse der Sicherheit des gesammten deutschen Vaterlandes „unabweislich“ noth thue, eine gerechte Würdigung seitens der Bundesgenossen finden werde. Preußen nimmt danach den Anschluß der mittleren und kleineren deutschen Staaten, je nach ihrer strategischen Lage, an das preussische oder an das österreichische Heer für den Kriegsfall in Anspruch, so daß die Leitung der gesammten deutschen Wehrkraft nicht einem Oberfeldherrn und nicht einem Staate, sondern beiden deutschen Großmächten, die sich dann über einen gemeinsamen Operationsplan unter sich zu verständigen hätten, anheimfallen würde.



**Vom Main, 18. Januar.** In dem schon erwähnten Vortrage des Militär-Ausschusses über die Küstenbefestigung wird bemerkt, daß die Sorge für die Sicherheit der deutschen Nordsee- und Ostseeküsten schon im Jahre 1848 in mehrfacher Weise Gegenstand der Verhandlungen am Bunde gewesen, und dabei auch namentlich die Befestigung der Küsten „in Frage und Antrag“ gekommen sei. Damals galt es Bedürfnissen des Augenblicks, der Abwendung gegenwärtiger Gefahren aus schon begonnenen Feindseligkeiten; und was das bleibend Beabsichtigte von der Behandlung durch den „Bund“ zu erwarten hatte, zeigte dann hinlänglich das Schicksal der deutschen Marine. Hier also kann keine Ermunterung zu ähnlichem Wiederaufzuge liegen, und der Ausschuss hätte seinen „Antrag“ unterlassen können und die ihm gestellte „Frage“ füglich anders beantworten sollen. So wie es geschieht, sucht man vergebens nach einem haltbaren Grunde, und es bleibt nur die Annahme übrig, daß es lediglich gesollt, Preußen ein Präventiv zu spielen und seine Absichten zu durchkreuzen. Fasse man einfach die Thatfachen ins Auge. Preußen hat längst seine ernste Aufmerksamkeit diesem Gegenstande zugewendet, lange vor München und Würzburg, auch entsprechende Verhandlungen mit anderen Küstenstaaten begonnen oder eingeleitet. Geheimniß war dies auch am Bunde nicht; und irren wir nicht, so wußte man auch aus der Antwort und auf eine Anfrage mehrerer Regierungen, daß Preußen durchaus nicht beabsichtige, die Angelegenheit dem Bunde völlig zu entziehen. Aber als einziger richtiger und rationaler Weg konnte fürs Erste nur die partikuläre Verständigung mit den reindutschen Uferstaaten erscheinen. Wesentlich in Betracht für den Küstenschutz mußte die Kriegsgefahr von Seite Dänemarks kommen. Wie früher Deutschland und Dänemark sich bekriegt, so kann sich der Fall wiederholen. Es zeigt ein totales Verfehlen aller Verhältnisse, wenn man glauben will, die Sache würde dadurch befördert werden, daß der Bund zuerst sie behandle. Der Bund könnte Dänemark von der Verathung der noch im Werden begriffenen Angelegenheit nicht unbedingt ausschließen, und die Konsequenz einer solchen Zuziehung liegt für Alle, welche noch sehen können und wollen, auf der Hand. Preußen kann Dänemark umgehen, und waren einmal mit den rheinischen Uferstaaten positive Resultate erreicht, so möchte das Werk, trotz Dänemark, und eventuell nöthigenfalls trotz dem Bunde, gesichert erscheinen zum Heile des Bundes selbst. Wie man die Dinge am Bunde zu wenden gewußt oder zu wenden sucht, heißt es nichts Anderes, als den von Preußen eingeschlagenen wohlüberlegten Weg durchkreuzen; und dies geschieht gegenüber dem größten reindutschen Staate, dessen eigenes Interesse im Spiele ist, mehr als das jedes anderen Staates, und der so eine selbstverständliche Bürgschaft für die zweckmäßigste Befriedigung auch des allgemeinen Bedürfnisses eo ipso bieten muß.

**Wien, 18. Januar.** Das volkswirtschaftliche Programm Napoleons und die preussische Thronrede stehen vorzugsweise den Gegenstand der öffentlichen Besprechung. Jenes, sagt die „Presse“, ist die kategorische Erklärung, daß das, was 1856 scheiterte, 1860 unwiderruflich zur Entscheidung gelangen müsse, und so mächtig sei der Einfluß der Einfluß der französischen Regierung, daß sie heute, möglicherweise ohne auf nachhaltige Opposition zu stoßen, ihre Pläne von 1856 in vielleicht sehr erweitertem Umfange durchzuführen im Stande sein werde. Hierin liegt die ganze Bedeutung des freihändlerischen Briefes, den der Herrscher des protektionslüstigen Volkes der Erde am 5. an seinen Staatsminister gerichtet hat. Man könne dieser Methode bei dem heutigen Stande der Dinge in Europa eine gewisse Größe nicht absprechen. Die „Presse“ bespricht heute den Passus der preussischen Thronrede, der die kurfürstliche Frage berührt, natürlich in polemischer Weise, indem die österreichische Anschauung von der „Bundesmäßigkeit“ der Verfassung vom Jahre 1852 verteidigt wird.

**Italien.** Das Coalitions-Ministerium Cavour ist den Schwierigkeiten der allgemeinen Situation Italiens, welche ein weiteres Provisorium nicht verträgt und der Opposition der öffentlichen Meinung, welche die Suspension der konstitutionellen Institutionen, die während des Krieges erfolgt war, nicht länger ertrug, endlich erlegen und hat einem Ministerium Cavour Platz gemacht. Cavour bekämpft energisch die Bildung eines mittelitalienischen Königreichs, und wird hierin nicht bloß von Parma und Modena, sondern auch von der Mehrheit der toskanischen und romagnolischen Bevölkerung unterstützt. In Toscana ist namentlich Nicasoli als nachdrücklicher Verfechter der Annexion an Sardinien aufgetreten und hat selbst, um kein Königreich Mittel-Italien zu begünstigen, Buoncompagni's Regenschaft geschmäht sehen wollen. Die Romagnolen sind zwar eigentlich meist Republikaner, sie sind aber zu dem Bestreben der Einverleibung mit Piemont durch jenen Nationalverein gebracht worden, der über ganz Italien vor Ausbruch des Krieges verbreitet war und von Garibaldi geleitet wurde. Auch Garibaldi unterstützt Cavour in seinen Annexions-Tendenzen. Der Kriegsminister hat sämtliche früher in österreichischen Diensten gewesene Lombarden, die der Artillerie, dem Pionier- und dem Flotten-Corps angehörten, von der Altersklasse von 1834 an, zu den Fahnen gerufen.

**Nizza, 14. Januar.** Ueber die hiesige Stimmung wird der Pariser „Presse“ geschrieben: „Es ist sicher, daß Piemont nicht die Majorität der Sympathien in der Gratzdast für sich hat, denn es handelt sich hierbei nicht um politische Sympathien, sondern um Handels-Interessen, Sprachverwandtschaft u. s. w.“ — Der ganze Verkehr in Nizza, so wie auch fast der ganze savoyische Verkehr in Frankreich, und Frankreich hat zwei Schritte von da seine Zollschranken errichtet. Die daraus hervorgehende Bewegung ist ganz natürlich. Wenn Piemont und Frankreich nicht irgend eine Zollvereinigung ab-

schließen, so ist die Annexion offenbar nur noch eine Frage der Zeit.

**Piacenza, 12. Januar.** Der Gemeinderath hat die Regierung ersucht, zu gestatten, daß die große Glocke der Festung, die 4500 Kilogr. wiegt, in die Stuckgießerei geschickt werde, um zum Guss gezoGENER Kanonen für die Festung verwandt zu werden.

**Neapel.** Pariser Nachrichten vom 17. Abends demontiren die Nachricht von der Entlassung Filangieri's.

**Frankreich.** Paris, 17. Januar. Die politischen Nachrichten, das Gerücht über einen vom 7. Jan. datirten Protest des Papstes, der Ministerwechsel in Turin, lassen heute die von der inneren Reform erfüllten Gemüther ziemlich unberührt. Das ministerielle „Pays“ sagt, in jedem einzelnen Ministerium sei man in voller Arbeit, das Kaiserliche Programm auszuführen, und der Staatsrath beschäftige sich mit demjenigen Theile desselben, die dem gesetzgebenden Körper vorgelegt werden sollen. — Die Aufregung ist in Frankreich groß. Während die Städte Lille, Rouen, St. Etienne und überhaupt die Mittelpunkte der Industrie sehr unzufrieden sind, äußert der agricole und kommerzielle Süden laut seine Freude. Diese Gegensätze werden in den bevorstehenden Debatten des gesetzgebenden Körpers voraussichtlich zusammenprallen und der Regierung die wohl nicht erwünschte Gelegenheit geben, als Vermittler aufzutreten. — Die Antwort des Papstes auf das eigenhändige Schreiben des Kaisers vom 31. Dezember soll in Form einer Depesche gestern hier eingetroffen sein. Ein Diplomate, der sie gelesen haben will, versichert, sie sei sehr kategorisch und es könne von ihr gesagt werden: „Der Papst stirbt, aber er erliegt sich nicht.“

**Schweden und Norwegen.**

**Stockholm, 14. Januar.** Die Krönung des Königs wird am 3. Mai d. J. stattfinden.

**Amerika.**

**New-York, 31. Dezember.** Peru und Ecuador stehen in offenem Kriege mit einander. Der Präsident von Peru, Castilla, ist, im Einverständnis mit einer Partei in Ecuador, an der Spitze von 6000 Mann um die Hauptstadt von Ecuador, Guayaquil, gelandet und hat den verschiedenen dort sich streitenden Parteien eine vierzigstägige Frist gestellt, damit sie in dieser Zeit eine ordentliche, feste Regierung etablieren, mit welcher er in Unterhandlung treten kann. Nach Ablauf jener Frist würde er die Hauptstadt zu erobern suchen, was, da er sie zugleich von der Seefronte her angreifen kann, ihm nicht besonders schwer werden würde. — Chili, der Partei-kämpfe augenblicklich enthoben, hat durch die Feindseligkeit der nie unterworfenen halbcivilisirten Araucanier (im südlichen Theile der Republik) zu leiden. Die als Schutzwehr gegen die Indianer errichteten deutschen Niederlassungen in den Provinzen Baldivia und Biobio sind dadurch aufs ernsteste gefährdet.

Die „Galveston (Texas) Union“ schreibt unterm 15. d. M.: „Aus allen Theilen des Staates laufen Berichte über kaltes Wetter ein. Die Kälte erstreckte sich über den ganzen Staat. Feldfrüchte, Gemüse und alle zarten Gewächse sind überall erfroren.“

**Provinzielles.**

**Dramburg, 16. Januar.** Der „N. Dr. Z.“ wird unter diesem Datum eine Vorstellung mitgetheilt, welche die Mehrzahl der Mitglieder des Kreistages gegen die Ernennung eines Juden zum Vorsteher an den Landrath gerichtet haben. Auf diese Vorstellung ist seitens des Landraths der Bescheid ergangen, daß dieselbe der vorerwähnten königlichen Regierung (zu Köln) zur weiteren Verfügung eingereicht worden sei.

**Falkenburg, 18. Januar.** Am 17. d., Morgens 6 Uhr, alarmirte Feuerlärm die hiesige Stadt. Der Kuchhändler Herr Apotheker Vogler, wahrscheinlich durch die Fahrlässigkeit des mit Melken beauftragten Mädchens in Brand gerathen, stand in Flammen. Wirthschaftsleute mit den Spritzen waren bald zur Stelle, so daß das Feuer auf seinen Heerd beschränkt und bald gedämpft wurde. Vier Haupt Rindvieh sind dabei jedoch so beschädigt, daß zwei davon bereits selbst Tode verendeten, die beiden andern aber noch in großer Gefahr zu stehen. Schon am Tage vorher spukte ein Schornsteinbrand vor.

**Stettiner Nachrichten.**

\* Stettin, 20. Januar. Das Dampfboot „Fortschritt“, das heute Morgen 8 Uhr von Stettin nach hier abgehen sollte, ist bis Mittag 1 Uhr noch nicht hier eingetroffen.

**Bermischtes.**

— Fräulein Goshmann wird's in Macedonien zu enge, die Bühne bietet ihr nicht mehr Spielraum genug. Sie hat deshalb den Entschluß gefaßt, unter die Schriftsteller zu gehen und Novellen zu schreiben. Morländer's „Theaterzeitung“ soll, wie es heißt, diesen letzten literarischen Versuch der berühmten Urlaubsverweilerin veröffentlichen.

— Am 13. Januar hatte ein Herr F. in Paris alle seine Verwandten und Freunde zu einem Mittagessensmahl eingeladen. Nachdem er während des Essens sich als heitern, lebenswürdigen Wirth bewiesen, ergriff er beim Nachschmecken das Wort und sprach: „Ich habe Sie hier um mich versammelt, um Ihnen eine wichtige Mittheilung zu machen. Ich wünsche mein Glück mit Ihnen zu theilen und Ihnen eine kleine Ueberraschung zu bereiten. Jedem von Ihnen will ich ein Geschenk machen, ein kleines Andenken an mich. Bereichen Sie einige Minuten!“ Damit ging er in sein Schlafzimmer, und die Gesellschaft erschröckte sich in Vermuthungen über die Geschenke, die zum Vorschein kommen würden. Es vergingen einige Minuten, es verging eine Stunde. Die Gäste verloren die Geduld und wollten in das Nebenzimmer. Die Thür war verschlossen und wurde nun mit Gewalt geöffnet. Da hing Herr F. todt an einem Strick, und an diesem befestigt war ein Zettel, auf welchem folgendes zu lesen stand: „Ich wünsche, daß dieser Strick, an dem ich hange, in ganz gleiche Theile (damit Niemand neidisch sei) zerfällt und unter meine Verwandten und Freunde vertheilt werde, die ich im Uebrigen bitte, meinem Leichenbegängniß beizuwohnen.“

**Telegraphische Depeschen.**

**Paris, 18. Januar.** (H. N.) Die „Patrie“ glaubt zu wissen, daß die erst im Jahre 1861 stattfindende Aufhebung der unbedingten Einfuhrverbote durch Zölle von 25

bis 30 pCt. auf die betreffenden Waaren ersetzt werden und erachtet diese Zölle für genügend, da die Zölle auf Rohmaterialien ermäßigt sind.

**Börsen-Berichte.**

**Stettin, 20. Januar.** Witterung: Schneetreiben. Temperatur — 10. Wind: SO. Auf heutigem Landmarkt bestand die Zufuhr aus 2 W. Weizen, 4 Roggen, — Gerste, 3 Hafer, — Erbsen. Bezahlt wurde Weizen 60—65, Roggen 45—47, Gerste 32—36, Erbsen 44—48 Mt. pr. 25 Schfl. Hafer 22—25 Mt. pr. 26 Schfl.

An der Börse. Weizen unverändert, loco pr. 85 pfd gelber 64—64 1/2 Mt. nach Qualität bez., gelber schlech. schwimmend 60 Mt. bez., pr. Januar-Februar 85 pfd. loco Lieferung gelber 63 1/2 Mt. Gd., pr. Frühjahr 85 pfd. gelber inländischer 66 Mt. bez., u. Br., 65 1/2 Mt. Gd., erst schlech. 66 1/2 Mt. Br., 66 1/2 Geld, do. vorpomm. 67 Mt. Geld. Roggen flau, loco pr. 77 pfd. 42 Mt. bez., 77 pfd. pr. Januar-Februar 42 Mt., Februar-März 42 1/2 Mt. bez., u. Br., Frühjahr 42 1/2, 42 1/2, 42 1/2 Mt. Br.

Gerste und Hafer ohne Umsatz. Rübsöl matt, loco 10 1/2 Mt. bez., 10 1/2 Br., Januar 10 1/2 10 1/2 Br., pr. Januar-Februar 10 1/2 Br., April-Mai 10 1/2 10 1/2 Br., September-Oktober 11 1/2 Mt. Br. Leinöl loco incl. Faß 11 1/2 Mt. Br., pr. April-Mai 11 1/2 Mt. bezahl.

Spiritus weichend, loco ohne Faß 17, 16 1/2, 16 1/2 bez., kurze Lieferung mit Faß 17 bez., Januar u. Januar-Februar 17 bez. u. Br., Februar-März 17 Gd., Frühjahr 17 1/2, 17 1/2 bez. u. Gd., Mai-Juni 17 1/2 Br., Juni-Juli 18 Br.

In Breslau war in neuer rother Kleinfahrt bei mütter Stimmung langsame Umsatz, feinste Qualitäten behauptet, Mittelorten mußten etwas billiger erlassen werden, geringe unbedacht, ordinäre 9—11 Mt., mittel 11—12 Mt., feine 12 1/2—13 Mt., hochfein 13 1/2 bis 13 1/2 Mt.

Weiße Saat fand bei schwachen Offerten zu bestehenden Preisen leicht Nachmer, ordinäre 18 bis 20 Mt., mittel 21 bis 22 Mt., fein 22 1/2 bis 23 1/2 Mt., hochfein 23 1/2 bis 24 1/2 Mt.

Die telegraphischen Depeschen meldeten: Berlin, 20. Januar, Mittags 2 Uhr 29 M. Staats-Schuldscheine 84 1/2 bez. Prämien-Anleihe 3 1/2 pCt. 113 1/2 bez. Berlin-Stettiner 95 1/2 Br. Stargard-Pojener 81 bez. Köln-Mindener 127 Br. Disconto-Kommandit-Antheile 85 1/2 bez. Französisch-Oesterreichische 139 1/2 bez. Wien 2 Monat 75 1/2 bez. Hamburg 2 Monat — London 3 Monat —

Roggen pr. Januar 48 1/2, 48 bez., Januar-Februar 47 46 1/2 bez., Frühjahr 45 1/2, 45 bez. Rübsöl loco 10 1/2 Br., Januar-Februar 10 1/2 bez., 2 1/2 Gd. Febr.-März 10 1/2 bez., April-Mai 10 1/2 1/2, 1/2 bez.

Spiritus loco pr. 2000 0/0 17 1/2 bez., pr. Januar-Februar 17 1/2, 1/2 bez., Febr.-März 17 1/2, 1/2 bez., April-Mai 17 1/2, 1/2 bez.

Danzig, 19. Januar. Bahnpreise. Weizen, rother 129—130—135—134 pfd. von 71—71 1/2—77 1/2 sgr., gläser und dunfler 128—133—134 pfd. 71—72 1/2—79—80 sgr., fein, hochbunt, hell-glassig und weiß 132—133—135—136 pfd. 79—80—84—85 sgr. — Roggen 50 sgr. pr. 125 pfd., für jedes Pfd. mehr oder weniger 1/2 sgr. Differenz. — Gerste kleine 105—108—110—112 pfd. 39—41—43—44 sgr., große 110—112—116—119 pfd. von 44—46—52—53 sgr. — Erbsen von 50—52—54—56 sgr. — Hafer 22—23—25—26 sgr. — Spiritus 16 1/2 Mt. pr. 8000 0/0 Tr. bezahlt. Retter: mäßiger Frost. Wind: West.

**Stettin, den 20. Januar 1860.**

	geford.	bezahlt	Geld
Berlin . . . . .	100	—	—
do. . . . .	2 Mt. 99 1/3	—	—
Hamburg . . . . .	149 1/2	149 1/2	150 1/2
do. . . . .	2 Mt. 149 1/2	—	—
Amsterdam . . . . .	142 1/2	—	—
do. . . . .	2 Mt. 142 1/2	—	—
London . . . . .	6 18 3/4	6 18	—
do. . . . .	3 Mt. 6 17 3/4	6 17 1/4	—
Paris . . . . .	79 1/2	—	—
do. . . . .	3 Mt. 78 1/2	—	—
Bordeaux . . . . .	—	—	—
do. . . . .	3 Mt. —	—	—
Bremen . . . . .	—	—	—
do. . . . .	3 Mt. —	—	—
St. Petersburg . . . . .	—	—	—
do. . . . .	3 Mt. —	—	—
Wien . . . . .	—	—	—
do. . . . .	2 Mt. —	—	—
Staats-Anleihe . . . . .	4 1/2 0/0	—	—
do. . . . .	5 0/0	—	—
Staats-Schuldscheine . . . . .	4 1/2 0/0	—	—
Preuss. Prämien-Anleihe . . . . .	3 1/2 0/0	—	—
Pommersche Pfandbriefe . . . . .	3 1/2 0/0	—	—
do. . . . .	4 0/0	—	—
do. . . . .	4 0/0	—	—
Rentenbriefe . . . . .	4 0/0	—	—
Nitt. Pomm. Bank-Aktien a 500 rthl. incl. Dividende vom 1. Januar 185	—	—	—
Berlin-Stett. Eisenb.-Akt. R. u. N. d. 4 0/0	—	—	—
do. . . . .	4 0/0	—	—
do. . . . .	4 0/0	—	—
Stargard-Pojener Eisenbahn-Aktien 3 1/2 0/0	—	—	—
do. . . . .	4 0/0	—	—
do. . . . .	4 1/2 0/0	—	—
Stett. Stadt-Obligationen . . . . .	4 1/2 0/0	—	97 1/2
Stett. Börsenhaus-Obligationen . . . . .	—	—	—
Stett. Schauspielhaus-Obligationen . . . . .	5 0/0	—	—
Pomm. Bau- und Eisen-Obligationen . . . . .	5 0/0	—	—
Uedom-Gollner Kreis-Obligationen . . . . .	5 0/0	—	100
Stett. Strom-Bef.-Aktien . . . . .	4 0/0	—	110
Preuss. National-Bef.-Aktien . . . . .	4 0/0	—	95
Preuss. See-Ass.-Comp. Aktien . . . . .	—	—	640
Pomerania . . . . .	—	—	107 1/2
Union . . . . .	—	—	100 1/2
Stett. Spelter-Aktien . . . . .	5 0/0	—	100
Ver eins-Spelter-Aktien . . . . .	5 0/0	—	120
Pomm. Prob. Zucker-Sied.-Aktien 5 0/0	—	—	1900
Neue Stett. Zucker-Siederei-Aktien . . . . .	—	—	700
Weichener Zucker-Fabrik-Anteile . . . . .	—	—	100
Bredower . . . . .	—	—	—
Walzmühl-Aktien . . . . .	5 0/0	—	1000
Stett. Vorland-Emment-Fabrik . . . . .	—	—	100
Stett. Dampf-Schleppschiff.-Ges.-Aktien . . . . .	—	—	800
Stett. Dampfschiffs-Ver eins-Aktien . . . . .	—	—	220
Neue Dampfer-Comp. . . . .	—	—	88
Germania . . . . .	—	—	95
Stett. Masch.-Bau-Akt.-Ges. Vulcan . . . . .	—	—	58
Stett. Dampf-Mühl.-Ges. . . . .	—	—	70
Pommersdorfer Chemische Fabrik . . . . .	—	—	100
Chemische Fabrik-Anteile . . . . .	—	—	500
Stett. Kraft-Dünger-Fabrik-Anteile . . . . .	—	—	65